

Veröffentlichungen der
Deutsch-Tschechischen und Deutsch-Slowakischen
Historikerkommission

herausgegeben von Hans Lemberg

Band 8

Veröffentlichungen zur Kultur und Geschichte
im östlichen Europa

Herausgegeben von Detlef Brandes, Dieter Neutatz und Maria Rhode

Band 15

Erzwungene Trennung

Vertreibungen und Aussiedlungen in und
aus der Tschechoslowakei 1938-1947
im Vergleich mit
Polen, Ungarn und Jugoslawien

Herausgegeben
für die Deutsch-Tschechische
und Deutsch-Slowakische
Historikerkommission

von

Detlef Brandes, Edita Ivaničková, Jiří Pešek

Essen 1999

Detlef Brandes

Beneš, Jaksch und die Vertreibung/Aussiedlung der Deutschen

In diesem Beitrag werde ich mich weniger mit den Verhandlungen zwischen der tschechoslowakischen Exilregierung und den Hauptalliierten beschäftigen, was ich andernorts mehrfach getan habe¹, sondern mit jenen zwischen Beneš und Jaksch.

1. Lehren aus der unmittelbaren Vergangenheit

Aus den Erfahrungen der Zwischenkriegszeit, besonders aber der Jahre zwischen Hitlers Machtergreifung und dem Münchener Abkommen, zogen Beneš und Jaksch unterschiedliche Lehren.

Als Antwort auf die Parole der Sudetendeutschen Partei „Wir wollen heim ins Reich“ und Hitlers Forderung nach dem Anschluß der Sudetengebiete an das Großdeutsche Reich hatte Edvard Beneš den Franzosen einen „äußerst geheimen“ Plan vorlegen lassen. Er sei zu der Abtretung von drei Gebieten in Westböhmen, Nordböhmen und Tschechisch-Schlesien mit insgesamt etwa 8–900.000 Deutschen bereit, wenn Deutschland zusätzlich rund eine Million Sudetendeutsche aufnehme. Rund 1–1,2 Millionen Deutsche könne die Tschechoslowakei verkraften, hieß es in Benešs Plan vom 17. September 1938.² Dieselben Territorien, dazu noch drei kleine Gebiete in Südböhmen und Südmähren verzeichnet eine Skizze, die ein Abgesandter der entstehenden Widerstandsbewegung nach einem Gespräch mit Beneš in London Ende Januar 1939 gezeichnet hat.³ An den genannten drei Elementen, nämlich der

1 BRANDES, Detlef: Großbritannien und seine osteuropäischen Alliierten 1939–1943. Die Regierungen Polens, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens im Londoner Exil vom Kriegsausbruch bis zur Konferenz von Teheran. München–Wien 1988. 608 S. – DERS.: „Eine verspätete tschechische Alternative zum ‚Münchener Diktat‘“. Edvard Beneš und die sudetendeutsche Frage. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 1994, 221–241. – DERS.: Die britische Regierung kommt zu einem Zwischenergebnis. Die Empfehlungen des britischen Interparlamental Committee on the Transfer of German Populations vom Mai 1944. In: *Occursus, setkání, Begegnung. Sborník ku počtĕ 65. narozenin prof. dr. Jana Krĕna* [Occursus, Begegnung. Sammelband zu Ehren von Professor Dr. Jan Krĕn anläßlich seines 65. Geburtstags]. Hrg. von Zdenĕk POUŠTA, Pavel SEIFTER, Jiří PEŠEK. Praha 1996, 45–68.

2 De Lacroix an Bonnet, Instruktion Beneš an Nečas, beide vom 17.9.1938. Documents diplomatiques français 1932–1939, 2-ème serie, vol. 11. Paris 1977, 273–275 und 288f. – Brügel dagegen behauptet, daß Jaksch „als erster die Möglichkeit einer Bevölkerungsumsiedlung [...] in die Debatte warf“. BRÜGEL, Wolfgang: Tschechen und Deutsche. Bd. 2: 1939–1946. München 1964, 14.

3 KRĚN, Jan: Odsun Němců ve světle nových dokumentů [Der Abschied der Deutschen im Lichte neuer Dokumente]. 1. část. In: *Dialog* 1967, Nr. 4, 5. – Nachdruck ohne die Karte in: Češi, Němci, odsun. Diskuse nezávislých historiků [Tschechen, Deutsche, Abschied. Diskus-

Abtretung strategisch nicht unbedingt erforderlicher Grenzstreifen, der Aussiedlung mindestens einer Million Deutscher und dem Verbleib bis zu einer weiteren Million im Lande hielt Beneš während des Krieges fest. Die Zahl der Deutschen müsse reduziert werden, war Benešs Lehre aus der Münchener Katastrophe für die Tschechoslowakei. Noch vor Kriegsbeginn schrieb Jaromír Smutný, Benešs politischer Sekretär, in einer Botschaft an den polnischen und militärischen Widerstand, daß zwar das Ideal ein national einheitlicher Staat wäre, doch nicht zu verhindern sei, daß irgendwelche Deutsche in der Republik blieben.

Wenzel Jaksch zog aus der Halberung des sozialdemokratischen Anteils an den deutschen Stimmen in der Parlamentswahl von 1935 den Schluß, daß sich seine Partei unter Verzicht auf klassenkämpferische Parolen für Mitglieder und Wähler aller Schichten öffnen müsse. Die Niederlage aller „aktivistischen“ Parteien interpretierte er als Absage der Wähler an die „Brosamenpolitik“ des „Alt-Aktivismus“. Eine sozialdemokratische Volkspartei müsse auch die nationalen Forderungen der Sudetendeutschen nach territorialer Autonomie durchzusetzen versuchen. In einer kleinen Schrift unter dem Titel „Was kommt nach Hitler?“ forderte er für die Sudetendeutschen das Recht zu entscheiden, ob sie als autonomer Teil der böhmischen Länder oder im Rahmen eines föderalisierten Deutschland einer mitteleuropäischen Föderation angehören wollten.⁴ Der Vorstand der „Treuegemeinschaft Sudetendeutscher Sozialdemokraten“ – so nannte sich die Exilpartei zum Schutz der Genossen in der Heimat – beschloß am 24. Mai 1939, einer Festlegung möglichst lange auszuweichen.⁵

Beim ersten Gespräch mit Beneš am 3. August 1939 erzählte Jaksch, daß seine Leute je zur Hälfte für Deutschland bzw. für die Tschechoslowakei seien. Nur bei „gegenseitiger Bereitschaft zu einer Föderallösung“ könne man in eine Diskussion eintreten. Dabei erwähnte er den sog. „4. Plan“, d.h. das Angebot eines deutschen Bundeslands, das die tschechoslowakische Regierung der Sudetendeutschen Partei im September 1938 gemacht hatte,⁶ während Beneš von der Aufgabe der „zentralistischen Staatsverfassung“ sprach. Nicht vorauszusehen sei, wie die Grenzen nach

stionen unabhängiger Historiker]. Hrsg. von Bohumil ČERNÝ, Jan KRÉN u.a. Praha 1990, 6-32. – Poznamky Jaroslava Drábka o jeho rozmluvě s Edvardem Benešem v lednu 1939 [Notizen Jaroslav Drábeks über seine Besprechung mit Edvard Beneš im Januar 1939]. Hrsg. und kommentiert von Stanislav KOKOŠKA. In: Jan RATAJ, Antonín KLÍMEK u.a.: Z Druhé republiky [Aus der Zweiten Republik]. Bd. 2. Hrsg. vom Historický ústav Armády České republiky. Praha 1993, 365-375.

4 JAKSCH, Wenzel: Was kommt nach Hitler? Die Möglichkeiten und Voraussetzungen einer demokratischen Föderalisierung Zentraluropas. Eine Analyse und programmatische Skizze. In: PRINZ, Friedrich: Wenzel Jaksch – Edvard Beneš. Briefe und Dokumente aus dem Londoner Exil 1939–1943. Köln 1973, Dok. Nr. 1. Auszugsweise abgedruckt in: Čest a sudetoněmecká otázka 1939–1945, Nr. 1.

5 Protokoll der Exekutivitzung der Treuegemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten (TSŠ) vom 23.10.39. Sudetendeutsches Archiv (weiter SDA), Nachlaß Jaksch (weiter NJ), Z 118-192.

6 Jaksch am Taub am 4.8.1939. PRINZ: Jaksch-Beneš Nr. 2. – Stieje auch JAKSCH, Wenzel: Europas Weg nach Potsdam. Schuld und Schicksal im Donaauraum. Köln 1967, 354.

dem Kriege gezogen würden, doch „irgendwelche Deutschen“ blieben sicher in der Tschechoslowakei. Diese solle Jaksch im künftigen „Leitungsorgan im Exil“ repräsentieren.⁷

2. Vergrößerter tschechischer „Lebensraum“ oder Tschechosudeten-Slowakei

Als die Westmächte nach Kriegsbeginn nicht bereit waren, eine tschechoslowakische Regierung, sondern nur einen „Nationalausschuß“ anzuerkennen, der die „tschechoslowakischen Völker“ bzw. das „tschechoslowakische Volk“ verrette, stellte sich die Frage der Beteiligung von Sudetendeutschen erst wieder bei der Vorbereitung der Anerkennung einer „provisorischen Regierung“ seit April 1940, und zwar nur noch am „Nationalrat“, an dem späteren „Staatsrat“. Das Foreign Office war zufrieden, daß Beneš mit der Berufung von Sudetendeutschen noch „eine kurze Zeit warten“ wollte.⁸ Im Frühjahr 1940 hatte Beneš seinen oben genannten Plan durch Überlegungen über die Aussiedlung der Deutschen aus dem Landesinneren, die Tschechisierung Nord- und Südmährens und „Selbstverwaltung“ für die Deutschen in Teilen West- und Nordböhmens als Alternative zur Abtretung konkretisiert.⁹

Als der Krieg begann, sprachen sich einige Mitglieder der Treuegemeinschaft für die Eingliederung der Sudetendeutschen in die Tschechoslowakei „im Rahmen einer föderativen Verfassung“, andere für die großdeutsche Lösung aus, zumal aus den Äußerungen von Chamberlain, Eden und Halifax hervorging, daß die britische Regierung die Rückkehr zu den Vormülnchener Grenzen für unwahrscheinlich hielt. Davon konnte sich noch Sumner Welles auf seiner Erkundungsreise im April 1940 in London wie in Paris überzeugen. Jaksch plädierte für eine Lösung „auf der Basis einer sudetendeutschen Autonomie mit eigener Landesregierung“. Nur so könne die Mehrheit der Sudetendeutschen gewonnen werden, zusammen mit den Tschechen

7 Vermerk [Smutný] über eine Besprechung Benešs mit Jaksch am 3.8.1939. Archiv Národního muzea, E. Beneš, Karton 47, Inventarnummer 463.

8 Memorandum Benešs (mit einem Anschreiben Lockharts vom 16.4.1940) mit Vermerken des Foreign Office. Public Record Office (weiter PRO), FO 371/24288, 34-48.

9 Vermerke Smutnýs vom 22.1., 9.3. und 5.4.1940. Dokumenty z historie Československé politiky [Dokumente aus der Geschichte der tschechoslowakischen Politik]. Hrsg. von Libuše OTAHALOVÁ und Milada ČERVINKOVÁ. Praha 1966, Bd. I, Nr. 39, 61, 80. – Auf seine Überlegungen über eine „Dezentralisierung“ zugunsten der Slowaken, aber auch der Deutschen hatte Beneš auch in einer Botschaft vom Dezember 1939 an die Heimat hingewiesen (TABORSKÝ: Pravda z vítězství. Deník druheho zahraničního odboje [Die Wahrheit hat gesiegt. Tagebuch des zweiten Widerstands im Ausland]. Praha 1947, 448). – BRÜGEL (Tschechen und Deutsche, Bd. 2, 17) nimmt Benešs Rückgriff auf alte Aussiedlungspläne und ihre Konkretisierung im Chatham House nicht zur Kenntnis, wenn er behauptet, sein Intimfeind Jaksch habe die angebotenen Möglichkeiten nicht genutzt.

„einen kleineren oder größeren Föderalstaat“ zu bilden.¹⁰ Jaksch setzte seine Position in der sog. „Erklärung von Holmhurst“ vom 10. März 1940 durch.¹¹ Er empfahl den Tschechen im wehrpflichtigen Alter, bis zum Abschluss von Verhandlungen mit der Tschechen über die staatsrechtliche Stellung der Sudetengebiete in die britische Armee einzutreten.¹² In einem Leserbrief plädierte er für eine deutsche „Provinzregierung im Rahmen der Tschecho-Sudeten-Slowakei oder einer weiteren Zentraluropäischen Föderation“.¹³

Nach der Niederlage Frankreichs erkannte die britische Regierung die von Beneš zusammengestellte „provisorische Regierung“ an. In den beratenden „Nationalrat“ wollte Beneš auch Vertreter der Sudetendeutschen aufnehmen. Den Briten teilte Jaksch mit, daß die Treuegemeinschaft auf einem Abkommen über eine „föderative Union“ mit Tschechen und Slowaken bestehe, bevor ihre Vertreter die Berufung in den Nationalrat annehmen würden.¹⁴ Am 2. August 1940 bot Beneš Jaksch den Posten eines der Vizepräsidenten des „Staatsrats“ an,¹⁵ doch schon Mitte August entschloß er sich, vor der Berufung Jakschs Zustimmung zu seinen Plänen zu suchen, nämlich zur Bildung dreier deutscher Gaue Jägerndorf [Krnov], Reichenberg [Liberec] und Karlsbad [Karlovy Vary]. Dafür müsse jedoch der tschechische „Lebensraum“ in Mähren erweitert werden. Rund eine Million Deutsche sollte aus dem Landesinneren, aus Nord- und Südmähren in die drei Gaue bzw. nach Deutschland und Österreich ausgesiedelt werden.¹⁶ Das Foreign Office erfuhr jedoch, daß Beneš mit der Abtretung der genannten drei Gaue an Deutschland rechnete. Wenn deren Bewohner lieber in der Tschechoslowakei leben wollten, könnten sie, doch würden die Tschechen nichts tun, um sie zu halten, hatte Beneš in einer „redseligen Stimmung“ gesagt.¹⁷ Der Regierung war es zur gleichen Zeit gelungen, mit Hilfe zweier tschechischer sozialdemokratischer Minister die sog. „Zimmer-Gruppe“ von der Treuegemeinschaft abzuspalten und dadurch Jakschs Verhandlungsposition zu un-

10 Rundschreiben Jakschs vom 9.10.1939. Hoover Institution (Stanford), Táborský Papers. Teilweise abgedruckt in: Češi a sudetoněmecká otázka 1933–1945, Dokumenty [Tschechen und die sudetendeutsche Frage 1933–1945, Dokumente]. Hrsg. von Jitka VONDROVÁ. Praha 1994, Dokument Nr. 13. – BRÜGEL: Tschechen und Deutsche. Bd. 2, 18.

11 Deklaration von Holmhurst (London) vom 10.3.1940. Benešův archiv IV/31, 207ff.

12 Rundschreiben des London Representative of the Sudeten German Social-Democratic Party (Jaksch) vom 24.11.1939. AUTGM, BAV, B, kr. 129.

13 BACHSTEIN zitiert Jakschs Beitrag in *Freundschaft*. Hrsg. vom Vorstand der Treuegemeinschaft in England sowie den Leserbrief im *Manchester Guardian* vom 12.2.1941. 1974, Veröffentlichungen des Collegium Carolinum Bd 29, 251.

14 Jaksch an Makins am 9.7.1940. FO 371/24291, C7749/534/12. – Vermerk von Makins vom 15.7.1940. FO371/24290, C7646/2/12.

15 Lockhart an das Foreign Office vom 4.8.1940. FO 371/24289, 161.

16 Depesche Beneš an den ÚVOD [Zentralausschuß des Heimatwiderstandes] vom 26.12.11.1940. Češi a sudetoněmecká otázka Nr. 39.

17 Latham an Roberts über eine Äußerungen Beneš am 30.11.1940. FO 371/24289, C13015/2/12.

terminieren. Der Parteivorstand stimmte drei Tage darauf dem Eintritt in den „Staatsrat“ zu, ohne noch Vorbedingungen zu stellen.¹⁸

3. Das sog. „Schweizer Modell“

Im November 1940 überließ Beneš einer Gruppe von Ministern die Verhandlungen mit Jaksch. Dieser räumte ein, daß im Exil keine definitiven und bindenden Vereinbarungen ausgehandelt werden könnten, doch sollte es möglich sein, in der ersten Sitzung des Staatsrats einweder gemeinsam oder in getrennten Ansprachen zu erklären, daß Tschechen und Deutsche sich auf die künftige Verfassung einigen müßten. Beide Seiten waren der Meinung, daß der tschechische und deutsche „Lebensraum“ möglichst genau abgegrenzt werden müsse. Aus dem tschechischen Gebiet müßten „alle deutschen Inseln verschwinden“, meinten die Minister, das Dux-Teplitzer Gebiet gemeinsam verwaltet werden, sagte Jaksch. Er schätzte den Verlauf der Verhandlungen optimistisch ein, doch am 21. Dezember 1940 war Beneš, wie Jaksch feststellte, auf einmal nicht mehr an einer schnellen Einigung interessiert. Dafür gab es mehrere Gründe: Aus dem Protektorat waren scharfe Proteste gegen die Errichtung deutscher Gaue und die Berufung von Sudetendeutschen in den Staatsrat eingetroffen. Und am selben Tag hatte Bruce Lockhart, der britische Vertreter bei der Exilregierung, Beneš unter Hinweis auf ein polnisches Kriegsziel-Memorandum vom November aufgefordert, eine parallele Denkschrift vorzulegen.¹⁹ Beneš „vertraulicher“ Entwurf von Anfang Februar 1941 sah „eine Umsetzung [ptemistěn] der tschechischen und deutschen Bevölkerung in Böhmen und Mähren“ vor, „so daß sich die alten komplizierten Streitereien in Verwaltung, Sprachen- und Schulfragen [...] nicht wiederholen können“. Die Schweiz habe keine zählenden nationalen Kämpfe, da es dort keine gemischten Gebiete gebe. Verliere Deutschland Oberschlesien (wie im polnischen Memorandum gefordert), könnte das tschechisch-slowakische Staatsgebiet auf Kosten Preußisch-Schlesiens erweitert und das gewonnene Territorium gegen einige Gebiete in Nord- und Westböhmen ausgetauscht werden.²⁰ Nachdem alle Minister, deren Stellungnahmen bekannt sind, für die Abtretung dieser Gebiete anstelle der Bildung deutscher Kantone plädiert hatten, informierte Beneš im Mai 1941 auch Lockhart über seine Vorstellungen.²¹

18 Bericht [Josef Lenk] über die PV-Sitzung am 20.10.1940. Češi a sudetoněmecká otázka Nr.

34. – Rundschreiben des London Representative of the Sudeten German Social Democratic Party (Jaksch und Reitzner) vom 23.10.1940. AUTGM, BAV, B, kr. 129. – Rundschreiben der DSAP (Auslandsgruppe) (Zimmer, Lenk) vom 28.11.1940. SDA, NA, NI.

19 Vermerk Smutnýs vom 22.12.1940. DHCS P 1126.

20 Beneš: Mírové cíle československé [Tschechoslowakische Friedensziele; Fassung vom 3.2.1941]. Češi a sudetoněmecká otázka Nr. 47.

21 Lockhart an Eden am 22.5.1941. Nachlaß Smutný, Archives of the Columbia University.

4. Aussiedlung der „Schuldigen“

In einem seiner Memoranden faßte Beneš die Position der Jaksch-Gruppe gut zusammen: Weder sollten Gebiete an Deutschland abgetreten noch ein Transfer durchgeführt werden. Zwar könnten die Kriegsschuldigen aus der Henlein-Partei bestraft oder vertrieben werden, doch handle es sich bei der Mehrheit der Henlein-Wähler „um verführte Menschen, die im neuen Nachkriegsmilieu und nach der gründlichen Niederlage Deutschlands zur Vernunft kommen und wieder gute Bürger der Republik werden“. Um sie gegen künftige nationalistische Agitation aus Deutschland zu immunisieren, müsse man ihnen eine möglichst große Territorialautonomie geben und einen neuen Staat auf neuen Grundlagen, einen Staat der Tschechen, Deutschen und Slowaken errichten.²²

Seit April 1941 warben Beneš und Ripka auch öffentlich für den Transfer von Deutschen aus der Tschechoslowakei, damit Deutschland in Zukunft nicht mehr „seine nationalen Minderheiten für seine pangermanistischen Ziele mißbrauchen“ könne und die kleineren mitteleuropäischen Staaten national so homogen wie möglich würden.²³ Nach der britischen und sowjetischen Anerkennung der nicht mehr „provisorischen“ tschechoslowakischen Regierung erklärte Beneš den Vertretern der Treuegemeinschaft, daß er mit ihnen vor einer Berufung in den Staatsrat über den Bevölkerungstransfer sprechen werde, zu dem es kommen müsse.²⁴ Er versuchte, das „Einverständnis“ oder wenigstens „Stillschweigen“ der sudetendeutschen Sozialdemokraten zur Aussiedlung einer Million Deutscher zu erreichen.²⁵

Von der Widerstandszentrale im Protektorat erfuhr Beneš, daß ihr Programm vorsehe, „die Maßnahmen gegen die Deutschen im Rahmen der Bestrafung von Schuldigen und Verrätern, der Wiedergutmachung von Unrecht und Schäden und von sozialökonomischen Reformen und nicht als nationale Repressionen durchzuführen.“²⁶ Nachdem Beneš am 22. September 1941 diesen Plan erstmals Jaksch vorge-

22 Beneš: Memorandum o otázce hranic ČSR [Memorandum über die Frage der Grenzen der CSRF] vom 6.1.1942. Češi a sudetoněmecká otázka Nr. 80.

23 Ripka im April in Manchester (Menschen im Exil. Eine Dokumentation der sudetendeutschen sozialdemokratischen Emigration von 1938 bis 1945. Stuttgart 1974, 316) und Beneš am 23.5.1941 in Oxford. BRÜGEL: Tschechen und Deutsche. Bd. 2, 40. – Ripkas Vortrag wurde gedruckt (in: *Central European Observer* 18 (1941), Nr. 11 vom 30.5.1941, 130ff. BACHSTEIN 250) und auch im tschechoslowakischen Dienst der BBC gesendet, dürfte also die Widerstandsgruppen und die Bevölkerung zu entsprechenden Forderungen zusätzlich ermutigt haben.

24 Vermerk Simutnýs vom 31.7.1941. DHČSP I Nr. 212.

25 Beneš an den ÚVOD am 8.9.1941. Češi a sudetoněmecká otázka Nr. 64. – Notiz Beneš über Besprechung mit Jaksch am 22.9.1941. AÜTGM, BAV, kr. 129. Abgedruckt mit einem Übertragungsfehler aus der Handschrift in: Češi a sudetoněmecká otázka Nr. 68. – Jaksch an Beneš am 23.9.1941. PRUNZ: Jaksch–Beneš Nr. 12. – Vermerk von Makins über eine Besprechung mit Jaksch vom 26.9.1941. FO 371/26392, C10841/639/12. – BENEŠ, Edvard: Paměti. Od Mnichova k nové válce a k novému vítězství [Erinnerungen. Von München zu neuem Krieg und Sieg]. Praha 1947, 321f. – JAKSCH: Europas Weg 364f.

26 ÚVOD an Ingr am 19.–21.8.1941. Češi a sudetoněmecká otázka Nr. 60.

stellt, aber noch nicht als seinen eigenen Plan bezeichnet hatte, erklärte Jaksch seinen Vorstandscollegen: Für die Zukunft brauche die Partei ein Alibi, daß sie im Ausland alles getan habe, um zu einer Vereinbarung mit den Tschechen zu kommen.²⁷ Vor den Mitgliedern plädierte er deshalb für eine „Zwischenlösung, die darin besteht, daß wir die Annäherung in gemeinsamer Arbeit suchen und die revolutionäre Kooperation unserer heimatischen Freiheitskräfte mit dem tschechischen Befreiungskampf vorbereiten“.²⁸ Im Januar 1942 bekannte sich Beneš gegenüber den Vertretern der Treuegemeinschaft zu dem Plan, kleinere deutsch-besiedelte Gebiete abzutreten, die „Schuldigen“ zu vertreiben und außerdem die sudetendeutsche Bourgeoisie und „pangermanische Intelligenz“ abzuschreiben.²⁹ Daraufhin teilten Jaksch und Reitzner den Mitgliedern der Treuegemeinschaft mit, daß die Führung nicht bereit sei, ihre Zustimmung zu dem „maximalen Machtgewinn“ zu geben, den die tschechischen Partner anstrebten. „Aufgabe unserer Auslandspolitik kann es lediglich sein, nicht ein Jota guten Willens von tschechischer Seite unbeantwortet zu lassen.“³⁰ Dadurch verschaffe man sich ein „historisches Alibi“.³⁰ Gegen den britischen Widerruf Münchens am 5. August 1942 protestierte Jaksch in Telegrammen an den amerikanischen Außen- und den kanadischen Premierminister, und zwar wegen der Schlüsse, die die tschechoslowakische Regierung aus diesem ziehen werde. Als er im Foreign Office vorsprach, wurde er über die britische grundsätzliche Zustimmung zum Transfer unterrichtet, gegen den er „stärkste Opposition“ ankündigte.³¹ Nach dem britischen Kabinettsbeschluß versuchte Beneš erneut, Jaksch für die Vertreibung von „Schuldigen“ zu gewinnen. Wie der britische Botschafter Nichols von Beneš erfuhr, habe Jaksch sich zwar gegen das allgemeine Prinzip des Transfers nationaler Minderheiten ausgesprochen, wolle aber die Aussiedlung der „Intelligenz, der Rechtsanwälte, Fachleute [professional men], Ärzte etc., die sich der Zusammenarbeit mit den Nazis schuldig gemacht hatten“, hinhalten.³² Nach Rücksprache mit dem Foreign Office warnte Nichols Beneš jedoch, daß die britische Öffentlichkeit entweder kein Verständnis für so weitgefähte Schuldkriterien aufbringen werde, daß eine Million Sudetendeutsche unter diese fallen würde, oder aber die Zahl der Vertriebenen zu klein geraten werde.³³ Als Beneš aus Jakschs Reden auf der Landeskonzferenz der Treuegemeinschaft schloßen mußte, daß er Jaksch keine Zustimmung zur Aussiedlung einer sehr großen Zahl von Schuldigen abringen werde, beschränkte er sich in den letzten beiden Gesprächen im

27 Protokoll der Sitzung des Parteivorstands vom 27.9.1941. SDA, NI 89-102.

28 Auszug aus der Rede Jakschs am 28.9.1941. Češi a sudetoněmecká otázka Nr. 70.

29 Vermerk Beneš über eine Besprechung mit Jaksch u.a. am 7. und 8.1.1942. AÜTGM, BAV, B, kr. 129. – Siehe auch Vermerk Ripkas über eine Besprechung mit Beneš am 9.1.1942. Češi a sudetoněmecká otázka Nr. 81.

30 Rundschreiben von Jaksch/Reitzner vom 23.1.1942. FO 371/30834, C1645/326/12.

31 Vermerk von Roberts vom 7.8.1942. FO 371/30835, C7809/326/12. – JAKSCH: Europas Weg 374 will diese Unterrichtung in seinen Memoiren nicht mehr wahrhaben.

32 Nichols an Roberts am 21.9.1942. FO 371/30835, C9161/326/12.

33 Vermerke von Allen, Roberts, Sargent, Cadogan und Eden vom 27.9.–1.10. und Roberts an Nichols am 6.10.1942. FO 371/30835, C9161/326/12.

Dezember 1942 und Januar 1943 darauf, Jaksch vorzuwerfen, im Jahre 1940 durch seine Autonomie-Forderung die Chance einer frühzeitigen Zusammenarbeit verspielt zu haben.³⁴

5. Benešs Erfolg, Jakschs Resignation

Im Mai 1943 gewann Beneš Roosevelts und die sowjetische, im Dezember 1943 nochmals Stalins Zustimmung zur Aussiedlung der Mehrheit der Deutschen aus der Tschechoslowakei. In ihrem Memorandum vom November 1944 kündigte die tschechoslowakische Regierung an, daß sie allen Deutschen die Staatsbürgerschaft abkennen werde außer jenen, die aktiv am Kampf für die Befreiung der Tschechoslowakei teilgenommen hätten. Personen, die nicht unter eine große Zahl von weitgefaßten Kategorien von „Schuldigen“ fielen und zur Assimilation bereit seien, könnten die Wiederverleihung der Staatsbürgerschaft beantragen. In ihrem Memorandum schätzte die Regierung, daß 800.000 Personen in der Tschechoslowakei bleiben könnten.³⁵ Durch den Austausch von Landzypeln in West- und Nordböhmen sowie Schlesien gegen einen Landstreifen Preußisch-Oberschlesiens reduzierte sich die Zahl der Deutschen um etwa 180.000 Personen.³⁶

Auf einer Sitzung des Parteivorstands Mitte April 1943 erklärte Jaksch: Die Verhandlungen mit Beneš habe er nicht früher abbrechen können, um den Engländern zu zeigen, daß die tschechoslowakische Seite die Schuld an ihrem Scheitern trage.³⁷ Nach dieser Sitzung gab Jaksch die Zurückhaltung auf, die er bisher in der Frage des geplanten Massentransfers geübt hatte, und ging an die Öffentlichkeit. Er gab eine Broschüre heraus, nahm im Organ der Exilpartei Stellung und übergab seine Memoranden nicht mehr nur dem Foreign Office, sondern auch einigen Unterhaus-Abgeordneten besonders der Labour Party sowie der britischen Presse. Er argumentierte, daß die Zeit von 1935 bis 1938 nicht typisch für die deutsch-tschechischen Beziehungen in der Tschechoslowakei gewesen sei, daß die Vertreibung der Atlantik-Charta widerspreche, Schuldige und Unschuldige treffe, die Wirtschaft der Tschechoslowakei schwächen, die Not in Deutschland erhöhen und „neue Haßgefühle“ wecken werde.³⁸ Nachdem Churchill im Februar 1944 die Entschädigung

34 Vermerk Ripkas über eine Besprechung Benešs mit Jaksch am 1.12.1942. Češi a sudetoněmecká otázka Nr. 106.

35 Memorandum der tschechoslowakischen Regierung mit einem Anschreiben Ripkas vom 23.11. und Vermerk von Nichols vom 28.11.1944. FO 371/38946, C16563/1347/12.

36 Nichols an Eden über eine Besprechung mit Beneš am 13.2. mit einem Vermerk von Gatehouse vom 22.2.1945. FO 371/47085, N1402/207/12.

37 Protokoll der PV-Sitzung vom 17./18.4.1943. SDA, NJ.
38 Memorandum Jaksch „Mass Expulsion of the Sudeten Germans“ [Ende Jan. 1944]. Češi a sudetoněmecká otázka Nr. 132.

Polens für die Verluste im Osten durch deutsche Gebiete angekündigt hatte, setzte Jaksch seine Hoffnungen in eine „antifaschistische Revolution“ in Deutschland³⁹ bzw. im Sudetenland. Allerdings habe „noch kein Volk für die Aussicht auf Fremdherrschaft oder Schlimmeres Revolution gemacht“, sagte er auf der Sitzung des Parteivorstandes am 18./19. März 1944. „Nach wie vor bleibt die Autonomie-Lösung die einzige Waffe, um die sehr geschwächten Kader der Heimat-Bewegung aus ihrer Isolierung zu befreien und die Massen der Bevölkerung politisch von den Nazis loszulösen“.⁴⁰ Gegen die Politik der kommunistisch dominierten *Sudetendeutschen Einheitsfront*, die die Vertreibung inzwischen befürwortete, schrieb er an Siegfried Taub – englisch, um die Auslieferung durch die Zensur zu beschleunigen: „To confine ourselves to the physical rescue of the faithful cadres would mean to accept the ‚Herrenvolk‘ theory the other way round.“ Es gebe Zeiten, da könne man nichts machen, außer um jeden Preis an Grundsätzen festhalten.⁴¹

Mitte August 1944 teilte Jaksch dem Foreign Office mit, daß sich am 1. August ein *Democratic Sudeten Committee* gebildet habe, dessen Vorsitz er selbst übernommen habe. Sein Stellvertreter sei Pater Emanuel Reichenberger, der ehemalige Generalsekretär der Katholischen Volksliga in Reichenberg und Mitunterzeichner des letzten Friedensappells „des demokratischen Blocks der Arbeiter, Bauern, Katholiken und Liberalen“ vom 18. September 1938. Als Treuhänder der „militanten Kader der Sudetendemokratie“ beanspruchte das Komitee das Recht, bei Entscheidungen über die Zukunft des Sudetenlandes als Partner herangezogen zu werden. In der Übergangsperiode wolle das Komitee das Sudetenland von den Nazis säubern und die demokratischen Institutionen und Verbände wieder aufbauen. Die Nazis Verbrecher seien zu bestrafen, doch zerstöre kollektive nationalistische Rache die Grundlagen der neuen Sudeten-Demokratie. „In our opinion a reconstitution of Czechoslovakia on federal lines would serve the common interests of the Czechs and Slovaks and of the Sudeten Germans as well. Pending such an understanding, the Democratic Sudeten Committee holds, that an interim solution under Allied auspices would constitute the best safeguard for a democratic settlement at the Peace Conference.“⁴² Auf einer Konferenz der *Sudetendeutschen Einheitsfront* zog Ripka eine Linie von Henleins Karlsbader Programm zu Jakschs Verlangen nach einer

39 Rundschreiben des London Representative of the Sudeten German Social Democratic Party von Anfang März 1944. SDA, NJ.

40 Rundschreiben des London Representative of the Sudeten German Social Democratic Party von Anfang April 1944. SDA, NJ.

41 Auszug aus Jaksch an Taub [vom 16.3.1944, mit einem Anschreiben des Czechoslovak Information Service (Papánek) an MZY [Ministerium für auswärtige Angelegenheiten] vom 29.3.1944]. AÜTGM, BAV, B, kr. 129.

42 Der Aufruf wurde am 31. Juli 1944 in *Sozialdemokrat* veröffentlicht und in Češi a sudetoněmecká otázka (Nr. 136) abgedruckt. – Ähnlich äußerte sich Ernst Paul in der schwedischen Zeitung *Morgon-Tidningen*, Press Reading Bureau, Stockholm an Political Intelligence Department vom 21.8.1944. FO 371/38923, C11304/63/12.

